

## Analyse

# Wahlen ohne Wahl

## Usbekistans »demokratische« Verwirrungen am Ende des Krisenjahres 2009

Von Murat Sultanow

### Zusammenfassung

Ende 2009 haben in Usbekistan Parlamentswahlen stattgefunden, denen die Bevölkerung, allen Bemühungen der Regierung um ihre Mobilisierung zum Trotz, mit Passivität begegnete. Dies ist nach Meinung des Autors darauf zurückzuführen, dass die Bürger genau wissen, dass nicht ihre Wahlentscheidung über die Zukunft des Landes entscheidet, sondern allein der Präsident. Auch die globale Krise hat daran nichts geändert, denn die Bevölkerung hat sich über Jahrzehnte an ökonomische Probleme gewöhnt. Langfristig ist die Kombination von politischer Repression, Passivität und Krise jedoch gefährlich für die Stabilität des Landes.

In Usbekistan, dem der Bevölkerungszahl nach größten Staat Zentralasiens, fanden am 27. Dezember 2009 wieder Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung Olij Madschlis (Parlament Usbekistans) statt. Am 10. Januar dieses Jahres wurden in jenen Wahlkreisen, in denen zuvor kein Sieger feststand, Stichwahlen abgehalten. Damit waren die Abstimmungen formal jedoch noch nicht beendet. Vom 18. bis 23. Januar 2010 fanden Wahlen zum Senat (obere Kammer) der Olij Masdchilis aus den Abgeordneten der lokalen Vertreterkörperschaften statt. Daneben werden 16 der 100 Senatoren direkt von Präsident Karimow aus »der Gruppe der angesehensten Bürger mit großer praktischer Erfahrung und Verdiensten in unterschiedlichen Bereichen staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit« bestimmt.

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission des Landes nahmen an der Stimmabgabe ungefähr 15,1 Mio. Bürger teil, das entspricht 87,8 % aller Wahlberechtigten. Die riesige Zahl ausgefüllter Wahlzettel scheint auf den ersten Blick von einer hohen Aktivität der Bürger Usbekistans bei der Teilnahme an Abstimmungen und Referenden zu zeugen. Dies wiederum scheint ein Zeichen für deren ausgeprägtes rechtliches und soziales Bewusstsein zu sein. Tatsächlich ist die traditionell hohe Wahlbeteiligung seit der Unabhängigkeit im Gegenteil eher bedingt durch rechtliche Unwissenheit und fehlendes individuelles Denken. Bis heute versteht kaum einer der Wähler, was demokratische Wahlen sind. Im Grunde genommen treffen Millionen von Stimmberchtigten ihre Wahl zwischen identischen Standpunkten. Und nur Einzelne begreifen, dass ihnen realistisch gesehen das Recht fehlt, Kandidaten ins Parlament zu wählen, deren Meinungen von der jetzigen Politik der Regierung abweichen.

### Keine Spur von Pluralismus

In den letzten Jahren hat die Führung nicht eine einzige Oppositionspartei registriert (zu diesen kann man heute

in Usbekistan die Parteien »Erk«, »Birlik«, die Partei der freien Bauern »Ozod Dechkonlar« sowie die Partei der Landwirte und Unternehmer zählen). Wegen des politischen Drucks der Führung und der Verfolgung durch die Sicherheitsorgane sind diese Parteien in den Untergrund gegangen. Der überwiegende Teil der Gegner des Regimes von Präsident Karimow lebt im Ausland. Vor den Wahlen haben sie versucht, auf sich aufmerksam zu machen. Im Juni 2009 erklärten die Führer der Demokratischen Partei »Erk« und der Organisation »Andischan – Gerechtigkeit und Auferstehung« in Schweden die Gründung des »Bündnisses 13. Mai«. Im November 2009 wurde – ebenfalls in Schweden – die Bewegung »Gegen Karimow« gebildet. Doch die Opposition im Exil verfügt über keine Mechanismen, um Einfluss auf die soziale und politische Lage im Land zu nehmen. Darum sind all ihre Aktionen und Initiativen ineffizient. Der Staat kontrolliert die Presse vollständig und auch das Internet unterliegt der Zensur, missliebige Webseiten werden blockiert.

Alle vier politischen Parteien, die bei den Wahlen gegen einander antraten, unterstützen die Regierung und den Staatspräsidenten Islam Karimow, der das Land seit nunmehr 20 Jahren ununterbrochen mit harter Hand führt. Doch im Vergleich zu früheren Parlamentswahlen (1994, 1999 und, nach Einführung des Zwei-Kammer-Parlamentes, 2004) gab es dieses Mal als auffällige Besonderheit zwischen den wichtigsten Parteien eine imitierte, intensive Diskussion über ihre Wahlprogramme und einen sichtbareren Wahlkampf. »Wahlen sind freie Abstimmungen mit dem tiefen Verständnis unserer Rechte. Indem wir uns an Wahlen beteiligen, nehmen wir nicht nur unser durch die Verfassung garantiertes Recht wahr, sondern wir begreifen auch unsere Verantwortung für das Schicksal der Heimat«, sagte Karimow während eines Besuchs in einem Wahllokal.

Der Mehrheit der Bevölkerung des Landes hat sich seit der Unabhängigkeit weder die Zahl, noch Namen

und Bedeutung von politischen Parteien für ihr Leben erschlossen. Und auch bei den Parlamentswahlen 2009 wurde all dies von den Bürgern ignoriert, da sie verstehen, dass ohnehin der Präsident entscheidet. Dennoch nahm das Volk den Versuch der Führung mit Ironie auf, etwas nicht Vorhandenes als existent darzustellen, nämlich eine durch Massenmedien, Wahlplakate und Spruchbänder erreichte Sachkenntnis der Bürger. Obwohl man alle registrierten Parteien als identisch betrachten kann, haben einige von ihnen im Vorfeld der Wahlen unterschiedliche Initiativen zur Reformierung des wirtschaftlichen und teilweise auch des politischen Systems des Landes gestartet. Die sozialdemokratische Partei »Adolat« etwa hat sich für eine Umbildung der Judikative, für die Stärkung bestehender Formen und Methoden zur Schaffung wirklich unabhängiger Gerichte, für die Verbesserung der Effektivität des Rechtsschutzes und der Freiheiten der Bürger ausgesprochen. Die Volksdemokratische Partei Usbekistans wird sich für die Erhöhung der Beschäftigung der erwerbsfähigen Bevölkerung einsetzen. Und die Sozialdemokraten treten für die Schaffung einer innovativen Ökonomie ein. Diese Anstrengungen der Parteien, auf sich aufmerksam zu machen, wurden allerdings kaum wahrgenommen. Denn die Bürger glauben, dass alle Parteien Usbekistans den Willen des Präsidenten erfüllen. Die Bevölkerung des Landes kennt die Politiker und Parteiführer Russlands und der Europäischen Union besser als die eigenen.

### Neues und Altbewährtes im Wahlkampf

Der jetzige Wahlkampf in Usbekistan hatte jedoch auch andere Besonderheiten. Zunächst erhöhte sich die Repräsentanz politischer Parteien im Parlament von 120 auf 135 (insgesamt 150 Abgeordnete). Zudem wurden diese 135 Abgeordneten auf Mehrparteienbasis gewählt, wobei als gewählt galt, wer mehr als 50 % der gültigen Wählerstimmen eines Wahlbezirkes auf sich vereinen konnte. Außerdem wurde die Aufstellung von Kandidaten durch Initiativgruppen von Wählern abgeschafft, das heißt, dass nur den registrierten Parteien dieses Recht zustand. Drittens erhielt die »Ökologische Bewegung Usbekistans« – unabhängig vom Wahlergebnis – 15 Abgeordnetenmandate. Dies beruht auf »der großen Bedeutung von Fragen des Umweltschutzes, des Kampfes für die Verbesserung der ökologischen Situation und der Gesundheit der Bevölkerung, von Problemen also, an deren Lösung alle Schichten der Bevölkerung – unabhängig von ihrer politischen Orientierung – interessiert sind«, wie der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Mirsa-Ulugbek Abdusalomow, in einem Briefing zu den Ergebnissen der Wahl hervorhob.

Die Führung hat sich auf die Wahlen sorgfältig vorbereitet und dabei ihre ohnehin schon wichtige Rolle in den politischen Parteien weiter ausgebaut. Rechtliche Neuerungen im Jahr 2009 betrafen die Annahme eines Gesetzes »Über die Stärkung der Rolle der politischen Parteien in der Erneuerung und weiteren Demokratisierung der staatlichen Verwaltung und Modernisierung des Landes« und die Verabschiedung von Änderungen einiger Gesetze zum Zwecke der Vervollkommnung der Wahlgesetzgebung.

Was jedoch die Reaktionen des Westens auf die usbekischen Wahlen angeht, so scheint es, dass die dortigen Politiker keinerlei wirkliche Änderungen mehr für die kommenden Jahre der Herrschaft Karimows erwarten. Die OSZE hat im November vergangenen Jahres nur eine sehr kleine Delegation nach Usbekistan geschickt. »Die Wahlen werden eine Fiktion sein«, sagte Maisy Weicherding, Zentralasien-Expertin bei Amnesty International. Nachdem die westlichen Staaten die Sanktionen, die sie nach der Niederschlagung der Aufstände in Andischan 2005 verhängt hatten, nicht zuletzt auch aufgrund der Erdgaspolitik Taschkents und Moskaus etwas gelockert hatten, fand sich in westlichen Massenmedien kaum deutliche Kritik an den Wahlen. In den letzten Jahren hat es sich eingebürgert, dass Beobachter des Exekutivkomitees der GUS, von der SCO und der Organisation der Islamischen Konferenz »erfolgreich« die Rolle der OSZE bei Wahlen im GUS-Raum übernehmen. Sie bewerten die Wahlen in Usbekistan dann als erfolgreich und gerecht.

Vor den Wahlen hat die Regierung wie immer den Druck auf die Massen erhöht, ein seit Jahren erprobtes Mittel. In Zeiten der schwersten weltweiten Wirtschaftskrise werden in Usbekistan ökonomische Probleme nicht nur verschwiegen, sie werden auch im falschen Licht dargestellt, um so den einfachen Bürger irre zu führen. Die Auszahlung bereits seit drei bis vier Monaten überfälliger Gehälter, Renten und Unterstützungszahlungen wurde vorsätzlich bis Anfang Dezember zurückgehalten. Dem einfachen Bürger blieb auch die erhöhte Aufmerksamkeit von Seiten des Staates gegenüber der zahlenmäßig starken ländlichen Bevölkerung in Erinnerung, die den Hauptteil des angesprochenen Wahlvolks bildet. Der Präsidentenbeschluss »Über zusätzliche Maßnahmen zur Ausweitung des Wohnungsbaus im ländlichen Raum« vom 3. August 2009 sah den Bau von Wohnraum für die Landbevölkerung und die Aufwertung des ländlichen Raumes vor. Die darin vorgesehenen Mittel erscheinen jedoch angesichts der riesigen Ausmaße ländlicher Gebiete in Usbekistan als vollkommen unzureichend. So werden beispielsweise die nach offiziellen Angaben von

der »Kischlok Kurylysch Banka« (Bank für ländlichen Wohnungsbau – Anm. d. Übersetzers) im Jahr 2010 für den privaten Wohnungsbau im ländlichen Raum bereitgestellten zinsgünstigen Kredite einen Umfang von 256 Mrd. Sum (ca. 169 Mio. US-Dollar) haben. Der tatsächliche Bedarf an Wohninfrastruktur muss hingegen in Milliarden US-Dollar beziffert werden. Im Austausch für solche Almosen nutzte der Staat das zahlenmäßige Potential der Landbevölkerung bei der Abstimmung voll aus. Mit den traditionellen Mitteln Zwang und Einschüchterung verpflichteten die lokalen Eliten die auf den Baumwollplantagen beschäftigten Landbewohner zudem zur Teilnahme an der Abstimmung, was eine hohe Wahlbeteiligung sicherstellte.

Ein anderer Schritt des Präsidenten im Wahlkampf, das Dekret »Über die Erhöhung der Gehälter, Renten, Stipendien und Sozialleistungen« vom 16. November 2009 führte nur zu einer weiteren Steigerung der Inflation und der Verteuerung des US-Dollars auf dem Devisen-Schwarzmarkt. In der zweiten Jahreshälfte 2009 stiegen die Verbraucherpreise um 12 % an. Die Inflation zog bei der erwerbstätigen Bevölkerung ein weiteres Anwachsen der Arbeitsmigration nach Russland und Kasachstan nach sich. So waren beispielsweise nach der Anhebung der vertraglichen Studiengebühren an den staatlichen Bildungseinrichtungen von 1,6 Mio. Sum (ca. 1.000 US-Dollar) auf 10 Mio. Sum (ca. 6.600 US-Dollar) ungefähren Schätzungen zufolge ca. 10 % der Studierenden gezwungen, die Universitäten zu verlassen und nach Arbeit zu suchen. Doch Arbeitsplätze werden nicht geschaffen und die Jugendlichen müssen ihr Glück im Ausland suchen.

### Keine Resistenz gegen die Krise

Dennoch war eines der wichtigsten Argumente Karimows während des Wahlkampfes, dass der von Usbekistan eingeschlagene Weg der einzig wahre und realistische sowie obendrein evolutionäre und etappenweise zur Reform führende sei. Dies habe das gute Resultat in der Zeit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt, die auf eine Vielzahl von Nachbarländern schwere Auswirkungen gehabt habe. Das letzte Buch Karimows, »Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise – Wege und Maßnahmen zu ihrer Überwindung unter den Bedingungen Usbekistans«, bekräftigt hartnäckig, dass die Krise Usbekistan nicht berührt hätte. In dieser Hinsicht muss man hervorheben, dass usbekische Forscher in letzter Zeit ihre Bemühungen zur Schaffung neuer Errungenschaften in den angewandten Wissenschaften verstärkt haben, die in der Landwirtschaft, der Nutzung von Energie, der Förderung von Energie-

ressourcen usw. genutzt werden können. Die Regierung bekräftigt immer wieder, dass Usbekistan als einziger Staat Zentralasiens dazu in der Lage sei, eine diversifizierte, exportorientierte Wirtschaft aufzubauen. In der Tat ist das Potential des Landes enorm, jedoch nur unter der Bedingung eines Wechsels hin zu einem liberaleren Regime. Die private Initiative bleibt unterdrückt, von irgendeinem Impuls für das Wirtschaftswachstum kann keine Rede sein. Die für 2009 erwartete leichte Belebung bei den Unternehmen ist ausgeblieben. Auch der Optimismus potentieller Investoren ist, trotz des Interesses der usbekischen Regierung, Kapital und Technologien anzulocken, geschwunden.

Aufgrund ihrer relativen Isolation von den globalen Kapitalmärkten und dem geringen Entwicklungsstand ihres Finanzsystems ist die usbekische Wirtschaft stabil gegenüber äußeren Erschütterungen geblieben. Doch der Staat hat davon nur teilweise profitiert. Usbekistan ist eine Rohstoffökonomie. Deshalb war praktisch vorprogrammiert, dass es unter dem Fall der Weltmarktpreise für jene Rohstoffe, die in Usbekistan produziert werden – Baumwolle, Erdgas usw. – leiden musste. Lediglich die Geschäfte im Erdgassektor und zum Teil im Maschinenbau laufen gut. KMUs zahlten im Jahresmittel für 2009 trotz der Einführung eines neuen Steuerkodex und der alljährlichen Senkung einzelner Steuerpositionen Schätzungen zufolge pro 100 Sum erwirtschafteten Reingewinns 170 Sum Steuern. Die Krise hat die Bedingungen für die Privatwirtschaft, deren Entwicklung nach wie vor durch unzählige bürokratische Hürden behindert ist, verschlechtert. In einer Phase sinkender Produktion wurde die Korruption in staatlichen Kontrollorganisationen zu einem schwer lösbar Problem.

Getrieben von der Krise, hohen Steuern, der übermäßigen Kontrolle von Finanzoperationen und ausufernden Importtarifen geht das bestehende Unternehmertum zunehmend zur Schattenwirtschaft über. Die künstlichen Schwierigkeiten der Konvertierung von im Land erwirtschafteter Sum in ausländische Währungen fördert die Entwicklung des Schwarzmarktes, denn die Geschäftleute sind gezwungen, ihre Gewinne unter Umgehung des Bankensystems schnell, aber risikoreich und zu einem schlechteren Kurs umzutauschen. Schon seit langer Zeit kündigt die Führung die Konvertierbarkeit des Sum an, doch gleichzeitig haben ausländische Unternehmen riesige Probleme mit der Konvertierung ihres Kapitals. Doch Probleme gibt es nicht bei allen Firmen. Nicht betroffen sind vor allem Unternehmen aus den strategischen Partnerstaaten Südkorea, Japan und Deutschland.

Tatsächlich ist das Ignorieren der Krise Alltag. Man hat sich jahrzehntelang daran gewöhnt, sie nicht wahr-

zunehmen. Daher spüren die Bürger Usbekistans – im Unterschied zu denen im benachbarten Kasachstan – keine wesentliche Veränderung ihrer Lage. Sie haben sich mit dem ständigen Gefühl von Krise und Überleben arrangiert.

### Mit- und Gegenspieler der Macht

Die Bevölkerung Usbekistans spielt seit langem nur eine formale Rolle im politischen Leben des Landes, man erinnert sich nur an sie, wenn Wahlen anstehen. Die enge Umgebung des Präsidenten stellt ein wesentlich größeres Problem dar. Das Staatsoberhaupt demonstriert von Zeit zu Zeit seine Macht, um die ihn umgebenden Kreise in einem Zustand ständiger Anspannung und Angst zu halten. Zu diesem Zweck führt Karimow punktuelle Säuberungen des bürokratischen Apparats durch, sowohl durch Versetzungen als auch durch Verhaftungen. So wurde im Jahr 2009 der Verwaltungschef des Gebiets Samarkand, Asamchon Bachromow, zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Dies aufgrund von in solchen Fällen schon traditionellen Beschuldigungen wie: Annahme von Schmiergeldern, Veruntreuung von Haushaltsmitteln in einem besonders schweren Fall (28 Mio. US-Dollar), Gründung einer kriminellen Vereinigung usw.. Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Im Sommer und Herbst dieses Jahres wurden vom Präsidenten weitere Umbesetzungen vorgenommen. Durch die Reorganisation des Ministerkabinetts gibt es nun statt sieben nur noch sechs stellvertretende Premierminister.

Der Kreis um den Präsidenten wird immer enger und ihm bleibt nichts anderes, als nur seinen Verwandten zu trauen. Im Land redet man hinter vorgehaltener Hand von den neuen Geschäften der glamourösen Töchter des Präsidenten. In Taschkent erfolgt eine massive Aufwertung der Bausubstanz – alte Häuser werden zugunsten moderner Bauten abgerissen und immer öfter fällt im Zusammenhang mit den Baustellen der Name von Gulnara Karimowa, der ältesten Tochter des Präsidenten.

Usbekistan hat die Ergebnisse der Wahlen schnell bekanntgeben und sie waren keine Überraschung. Das retuschierte politische Leben des Landes wird wieder in ruhige Bahnen gelenkt werden. Da alle säkularen Kri-

tiker des Regimes außer Landes getrieben wurden, bleiben unter der Retusche nur jene zurück, die vielleicht die einzige ernste Opposition für das Karimow-Regime darstellen – religiöse Extremisten und terroristische Organisationen, in erste Linie die IMU und Hisb ut-Tahrir. Im Mai 2009 machte die IMU von sich reden, als sie auf das Hauptquartier der lokalen Polizei und einen Grenzposten an der kirgisischen Grenze Anschläge verübte. Im Herbst wurden im Gebiet Syrdarja mehr als 30 junge Männer festgenommen, die beschuldigt werden, der religiösen Bewegung des Wahhabismus anzugehören. Die Führung hat zudem ernste Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle der Banken über Finanzoperationen ergriffen, um der Legalisierung illegalen Vermögens und der Finanzierung des Terrorismus entgegen zu wirken. Dieser Schritt erlaubt es den usbekischen Geheimdiensten, sämtliche Bankkonten, Finanzoperationen, Kauf-Verkauf-Operationen usw. aller Bürger des Landes zu überprüfen.

### Fazit

Im Ganzen genommen zeigen die Ergebnisse der Wahlen, dass das politische System Usbekistans eingefroren bleibt und die Führung keinerlei Interesse daran hat, es zu modernisieren. Das Land bleibt geschlossen und der Staat kontrolliert alle Abweichungen von dem, was er selbst als Norm betrachtet. Die Bevölkerung bleibt dem gegenüber, was vor ihrer Nase passiert, apathisch und betrachtet formale politische Prozesse wie beispielsweise diese Wahlen als Dekoration, die niemandem nutzt. Es ist offensichtlich, dass dies dem Regime Karimow irgendwann gefährlich werden kann. Er beraubt seine eigene Bevölkerung des politischen Betätigungsfeldes und jagt sie in die Arme extremistischer Strömungen. Die usbekische Bevölkerung steht vor einer schwierigeren Entscheidung, als dem Ankreuzen eines unbekannten Namens auf dem Wahlzettel. Denn es gilt schon heute zu wählen, ob das Land zur führenden liberalen Ökonomie der Region, zum Spiegelbild der orientalischen Despotie oder einem der Teil der radikalen Welt wird.

*Aus dem Russischen von Henryk Alf*

#### Über den Autor:

Murat Sultanow ist ein der Redaktion bekannter usbekischer Journalist, der zu seinem Schutz unter einem Pseudonym publiziert.

#### Lesetipps:

- Bruce Pannier, Uzbek Elections Mean Little, But More Entertaining This Time, 27.12.2009, = [http://www.rferl.org/content/Uzbek\\_Elections\\_Mean\\_Little\\_But\\_More\\_Entertaining\\_This\\_Time/1014402.html](http://www.rferl.org/content/Uzbek_Elections_Mean_Little_But_More_Entertaining_This_Time/1014402.html)
- Laurie Rich, Uzbekistan: International Institutions skeptical on Uzbek economy, 12/21/09, = <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav122109.shtml>
- Opposition Won't Feature in »Pluralist« Polls, 17.12.2009, = [http://www.iwpr.net/?p=buz&s=b&o=358587&apc\\_state=henbbuz](http://www.iwpr.net/?p=buz&s=b&o=358587&apc_state=henbbuz)